



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die Sitzung des Volkshochschulausschusses vom
20.06.2022

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Alois Schnittker

Die Sitzung fand Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Volkshochschulausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bericht zur Gemeindeabrechnung 2021
Vorlage: FB 4/902/2022
2. Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den VHS-Kursbetrieb im 1. Halbjahr 2022
Vorlage: FB 4/903/2022
3. Neues Weiterbildungsgesetz NRW (WbG)
Vorlage: FB 4/904/2022
4. Ausblick auf das neue VHS-Programm 2022/2023
Vorlage: FB 4/906/2022
5. Kursangebote im Bereich Integration - aktueller Bericht
Vorlage: FB 4/905/2022
6. Bereich Integration – Fortführung der administrativen und pädagogischen Stellenanteile
Vorlage: FB 4/907/2022
7. Mitteilungen
8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

9. Mitteilungen
10. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Bericht zur Gemeindeabrechnung 2021
Vorlage: FB 4/902/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Schnittker begrüßt die Anwesenden und heißt Andrea Zimmermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) als neues Mitglied des VHS-Ausschusses willkommen. Frau Zimmermann wird als neues Ausschussmitglied verpflichtet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Volkshochschulausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Frau Bausch stellt die Teilergebnispläne des Jahresabschlusses 2021 für die Kostenstellen 4350 (Volkshochschulkreis) und 4360 (Integration) vor. Die Prognose der Gesamtumlage wurde mit 209.000 Euro bewusst hoch angesetzt, da Corona-Auswirkungen nicht absehbar waren. Durch Ausgleichszahlungen für pandemiebedingte Mindereinnahmen liegt der Fehlbetrag für 2021 bei 167.033,90 Euro. Im Ergebnis enthalten sind 79.340 Euro Mittel aus dem Notfonds Weiterbildung NRW. Durch den Lockdown in der ersten Jahreshälfte 2021 sind die Teilnahmegebühren mit 137.654 Euro geringer ausgefallen als mit 300.000 Euro im Ansatz erwartet. Den geringeren Einnahmen stehen geringere Ausgaben bei den Honoraren gegenüber. Während im Ansatz Honoraraufwendungen in Höhe von 221.000 prognostiziert waren, wurden 90.384 Euro verausgabt. Pandemiebedingt konnten weniger Studienfahrten durchgeführt werden, so dass auch in dem Bereich weniger Einnahmen geringeren Ausgaben entgegenstehen. Frau Bausch erläutert die höheren Personalaufwendungen, die

durch eine überlappende Stellenbesetzung der stellvertretenden Leitung in Zusammenhang mit der Elternzeit von Frau Schnaase entstanden sind.

In Bereich Integration (Kostenstelle 4360) sind durch den Lockdown in der ersten Jahreshälfte 2021 sowohl die Bundesmittel vom BAMF als auch die Zuweisungen vom Land deutlich geringer ausgefallen als im Ansatz berechnet. Die Ausgaben für Honorarkosten sind im gleichen Maße geringer ausgefallen. Frau Bauhus verweist auf weitere Zuschusszahlungen, die pandemiebedingte Mindereinnahmen ausgleichen: In den Zuweisungen vom Bund sind Zuschusszahlungen nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) in Höhe von 51.320 Euro enthalten. Gemäß den Vorgaben wurden 75% des Zuschusses an Kursleitende im Integrationsbereich ausgeschüttet. Diese sind als Transferleistung in Sachkonto 531800 verbucht. Das Gesamtdefizit im Bereich Integration beläuft sich für das Jahr 2021 auf 22.000 Euro. Der Fehlbetrag wird im Integrationsbereich mit dem in den Vorpandemiejahren erwirtschafteten Guthaben verrechnet. Der errechnete Anteil der Gemeinden ist daher nicht zahlungswirksam. Im Folgenden erläutert Frau Bauhus anhand eines Zeitstrahls die Entwicklung des Integrationsguthabens und gibt eine Prognose für die Jahre 2022 und 2023 ab, in denen das Guthaben abgeschmolzen werden soll.

Abschließend erläutert Frau Bauhus die Aufteilung des für den Volkshochschulkreis in Kostenstelle 4350 entstandenen Defizits, das sich zu 85% nach Hörerstunden und zu 15% nach Einwohnerzahlen je Kommune zusammensetzt. Für die Gemeinden schlüsselt sich die Umlage 2021 wie folgt auf: Ascheberg: 30.307,41 Euro; Nordkirchen: 26.249,88 Euro; Olfen: 19.368,15 Euro; Senden: 26.764,91 Euro und Lüdinghausen: 64.361,71 Euro.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis.

TOP 2) Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den VHS-Kursbetrieb im 1. Halbjahr 2022 Vorlage: FB 4/903/2022

Frau Bauhus gibt einen Überblick über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Kursbetrieb und erläutert die jeweils umgesetzten Vorgaben der verschiedenen Hygienevorschriften seit Jahresbeginn. Aktuell gebe es keine einschränkenden Vorgaben, der Volkshochschulkreis spreche aber eine dringende Empfehlung zur Einhaltung der AHA-Regeln aus. Frau Bauhus verdeutlicht anhand einer Übersicht, dass sich das Verhältnis von stattgefundenen zu ausgefallenen Kursen im ersten Halbjahr 2022 wieder dem Vor-Corona-Niveau annähert. Die Anmeldezahlen liegen noch unter den Werten, die vor der Pandemie erreicht wurden. Frau Bauhus weist zudem auf die Entwicklung der online-Angebote im Volkshochschulkreis hin. Digitale Kursformate haben sich im Laufe der Pandemie als fester Bestandteil des Programms etabliert und werden in der Kursplanung gezielt mit eingeplant, um auch dauerhaft das Präsenzangebot zu ergänzen. Eine didaktische Begleitung sieht vor, Kursleitende weiterhin zu unterstützen, digitale und hybride Kursangebote umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Frau Bauhus berichtet, dass 2022 keine Mittel zum Ausgleich von pandemiebedingten Mindereinnahmen eingeworben wurden, da der Kursbetrieb keine Unterbrechung erfahren habe. Herr Schnittker drückt seinen Wunsch aus, dass die Anmeldezahlen bald wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen mögen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis.

**TOP 3) Neues Weiterbildungsgesetz NRW (WbG)
Vorlage: FB 4/904/2022**

Frau Bauhus berichtet über das zum 01.01.2022 in Kraft getretene neue Weiterbildungsgesetz NRW (WbG). Das Gesetz regelt die finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen neu und sieht eine deutliche Ausweitung des Pflichtangebotes der Volkshochschulen vor. Als förderfähig gelten nunmehr auch Veranstaltungen in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, kulturelle Bildung und Gesundheitsbildung. Die Fördersumme für das 1. Quartal 2022 in Höhe von 63.909,73 Euro ist bereits eingegangen. Der Bescheid steht noch aus. Zusätzlich wird eine Entwicklungspauschale in Höhe von 6.265,65 Euro gewährt, die 2,5% der Zuwendungssumme des Vorjahres entspricht. Für 2023 ist eine Entwicklungspauschale von 5% angekündigt. Die Mittel aus der Entwicklungspauschale kann der Volkshochschulkreis frei einsetzen. Ein Sachbericht ist anzufertigen. Frau Bauhus beabsichtigt, die Mittel im Bereich der Digitalisierung als Stellenanteil von 4 Stunden einer HPM-Stelle einzusetzen. Weitere Mittel werden im Wettbewerbsverfahren eingeworben. Nach §13a WbG wurde als Maßnahme zur regionalen Netzwerkentwicklung das Projekt „Bildung – *In Touch*. Bildungszugänge für Bildungsbenachteiligte im ländlichen Raum stärken“ bewilligt. Die beantragte Fördersumme für die Netzwerkarbeit beläuft sich auf 43.543 Euro. Die Finanzierung des Projektes sieht einen 20%igen Eigenanteil vor, der über nicht WbG-geförderte HPM-Stunden nachgewiesen werden kann. Maßnahmenstart ist der 22.06.2022.

Mit *EmpoRE – Empower Female Refugee Education and Training* stellt Frau Bauhus einen weiteren bewilligten Projektantrag vor. In einem Kurs mit dem Stundenumfang von 520 UE sollen zugewanderte Frauen gezielte Unterstützung erfahren. Im Fokus steht die Teilhabe am Alltag sowie die Stärkung der Sprachkenntnisse und Arbeitsmarktorientierung. Das Projekt ist durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) mit einer Zuwendungssumme von 11.630 Euro ausgestattet. Die Fördermittel dürfen für externes sowie nicht WbG-finanziertes Personal und Sachmittel eingesetzt werden.

Frau Schulte-Loh erkundigt sich nach der im EmpoRE-Kurs gesprochenen Sprache und fragt, wie die Zielgruppe der Bildungsbenachteiligten erreicht werde. Frau Bauhus erläutert, dass für die Teilnahme am EmpoRE-Kurs Deutschkenntnisse auf A2-Niveau vorausgesetzt werden und der Kurs auf Deutsch durchgeführt werde, um die Sprachkenntnisse der Teilnehmerinnen zu stärken. Das Erreichen von Bildungsbenachteiligten, so führt Frau Bauhus aus, habe sich insbesondere das neue Netzwerk „Bildung – *In Touch*“ als Aufgabe gestellt. Hierzu werden u.a. in einem extern moderierten Ideen-Workshop gemeinsam mit Studierenden der Westfälischen Wilhelms-Universität und den verschiedenen Netzwerkpartnern Ideen generiert und in einen Maßnahmenkatalog eingebracht.

Herr Sendermann berichtet von Erfahrungen aus der Stadt Olfen und fragt, inwiefern sich Bildungsbenachteiligte selbst als benachteiligt ansehen und inwiefern Interesse daran bestehe, Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Er empfiehlt die Verschränkung mit den Jobcentern und weist darauf hin, dass weitere Sanktionen aktuell nicht möglich seien. Frau Bauhus spricht sich für ein gemeinsames Vorgehen der Kooperationspartner aus und beabsichtigt, Personen der Zielgruppe an der Entwicklung von Maßnahmen zu beteiligen, beispielsweise Alleinerziehende, Integrationskursteilnehmende mit erhöhtem Bildungsbedarf, etc.. Die Jobcenter mit ihrem wichtigen Erfahrungswissen sollen in die Netzwerkarbeit einbezogen werden. Der aktuelle Projektrahmen dient zunächst vor allem dem Aufbau des

Netzwerkes. Frau Zimmermann erkundigt sich nach den bestehenden Kontakten zu den Schulen. Frau Bauhus bestätigt, dass gute Kontakte zu den Schulen bestehen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis.

TOP 4) Ausblick auf das neue VHS-Programm 2022/2023

Vorlage: FB 4/906/2022

Frau Bauhus stellt die Schwerpunkte des Jahresprogramms 2022/2023 vor. Weiterhin im Fokus ist der Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), der stetig weiterentwickelt wird. Die Digitalisierung bleibt wichtiger Bestandteil des Programms und soll weiter vorangetrieben werden. Der Bereich des hybriden Lehrens und Lernens wird als neue Komponente mit aufgenommen. Die erstmalig erfolgreich durchgeführten Ascheberger Gesundheitstage gehen in die zweite Runde. Frau Bauhus berichtet von einem erfolgreich abgeschlossenen Hauptschulabschlusskurs HSA 9. Vier Absolventen des Schulabschlusskurses bekamen am 03.06.2022 das Zeugnis mit dem staatlichen Hauptschulabschluss nach Klasse 9 verliehen. Angestrebt wird im aktuellen Programm ein weiterer Basiswissen-Vorkurs sowie ein anschließender Schulabschlusskurs mit Erwerb des Hauptschulabschlusses nach Klasse 10 (HSA 10). Für das neue Programm wurden außerdem kompakte Ukrainisch-Kurse für Haupt- und Ehrenamtliche neu ins Programm aufgenommen. Zudem konnte die Kinder-Uni in Kooperation mit der Familienbildungsstätte konnte nach zweijähriger Corona-Pause wiederaufgenommen werden. Als Ergebnis einer Kooperation mit den Volkshochschulen Dülmen-Haltern am See-Havixbeck und Lengerich/Westfalen präsentiert Frau Bauhus ein selbst produziertes Video, das im VHS-eigenen Youtube-Kanal eingestellt ist. In dem kurzen Clip wird ein Kursangebot zum besseren Lesen und Schreiben lernen vorgestellt. Während der Lockdown-Phase 2021, so berichtet Frau Bauhus, wurde im Rahmen des Filmprojektes „Lock Down – Log In“ Know-how zur Filmerstellung gesammelt und erste eigene Videos zum Teil als werbendes Medium für VHS-Kurse produziert. Auch auf diesem Wege sollen Bildungsbenachteiligte erreicht werden.

Herr Schnittker erkundigt sich nach den Perspektiven der Absolventen des abgeschlossenen HSA 9-Schulabschlusskurses. Frau Bauhus kann berichten, dass Ausbildungsplätze gefunden wurden bzw. in Aussicht stehen. Ein Teilnehmer strebt den nächsten Schulabschluss (HSA 10) an. Die Perspektive eines weiteren Teilnehmers ist derzeit ungewiss, da er von Abschiebung bedroht ist. Um weiteren Personen die Möglichkeit zu geben, einen Schulabschluss nachzuholen, sind Anträge für einen Vorbereitungslehrgang auf den Hauptschulabschluss Klasse 10 (HSA 10 mit integriertem HSA 9)) und einen Vorkurs (Basiswissen Deutsch, Mathematik, Englisch) gestellt worden. [Anm.: Im Juli sind der beantragte HSA10 und ein vorbereitender Basiskurs von der Bezirksregierung bewilligt worden.]

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis.

TOP 5) Kursangebote im Bereich Integration - aktueller Bericht
Vorlage: FB 4/905/2022

Frau Bauhus berichtet von personellen Veränderungen im Bereich Integration. Lena Janecke hat zum 01.04.2022 die Programmbereichsleitung Integration übernommen. Im Folgenden gibt Frau Bauhus einen Überblick über die aktuell laufenden und geplanten Integrationskurse. Sie weist darauf hin, dass die Kursplanung laufend angepasst werde. In der aktuellen Übersicht seien die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer noch nicht berücksichtigt, da noch nicht abzusehen ist, wann Zulassungen für ukrainische Geflüchtete zur Teilnahme an Integrationskursen vorliegen. Die zu erwartende Nachfrage ist nur mit zusätzlichen Lehrkräften zu bewältigen. Das BAMF stellt an die Lehrkräftezulassung für die Integrationskurse hohe Anforderungen. Zum Teil müssen Zusatzqualifikationen erworben und nachgewiesen werden. Die Akquise zusätzlicher Lehrkräfte, die über diese Qualifikationen verfügen, erweist sich daher als schwierig. Auch geeignete Kursräume zusätzlich zu finden, ist an allen Standorten anspruchsvoll.

Zusätzlich zu Integrationskursen sind Erstorientierungskurse (EOK) geplant und Kurse nach der Förderrichtlinie MIA (Migrantinnen stark im Alltag). Eine zeitliche Übersicht verdeutlicht die Abfolge der geplanten und durchgeführten Kurse an den verschiedenen Standorten.

Frau Bauhus berichtet über Welcome-Deutschkurse, in denen Geflüchtete aus der Ukraine über einen Zeitraum von 6 Wochen an zwei Tagen die Woche je 2 Unterrichtseinheiten erste Basissprachkenntnisse erhalten. 10 Kurse seien in den Mitgliedsgemeinden durchgeführt worden bzw. stehen kurz vor Beendigung. Die basalen Deutschkenntnisse sollen den Teilnehmenden das sprachliche Ankommen in Deutschland erleichtern. Honorarkosten und Kosten für Lehrmittel wurden von den Gemeinden und Fördergebern übernommen. Folgen sollen weitere, mit ESF-Mitteln geförderte und finanzierte, Kurse. 20 Kurse je 48 Unterrichtseinheiten wurden beantragt. Eine Bewilligung steht noch aus.

Herr Jülich erkundigt sich, wie viele Kursleitende in den bereits erteilten Welcome-Deutschkursen für Geflüchtete tätig waren und sind. Frau Bauhus führt aus, dass die Kurse oft von nur einer Lehrkraft unterrichtet werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis.

TOP 6) Bereich Integration – Fortführung der administrativen und pädagogischen Stellenanteile
Vorlage: FB 4/907/2022

Frau Bauhus stellt die Stellenanteile und deren Tätigkeitsfelder im Bereich Integration vor. Neben der Vollzeitstelle HPM als Programmbereichsleitung mit 39,00 Stunden steht ein Stellenanteil von 29,5 Stunden für die administrative Mitarbeit im Programmbereich zur Verfügung. Im Rahmen einer pädagogischen Mitarbeit werden weitere 12,5 Stunden für Projektarbeit, Planung und Betreuung der Schulabschlusskurse etc. eingesetzt. Für die Tätigkeit in dem Bereich sind für pädagogische und administrative Mitarbeitende Spezialwissen und eine präzise Arbeitsweise unerlässlich, um die Bestimmungen und Regularien des BAMF zu erfüllen. Frau Bauhus erläutert, dass 2016 mit Einführung der Kostenstelle Integration 4360 die Integrationsarbeit im Volkshochschulkreis als temporäre Aufgabe betrachtet wurde. Die Stellen und Stellenanteile werden nach vorheriger Abstimmung im VHS-Ausschuss jährlich verlängert. Sie bittet um Verlängerung der Stellenanteile durch den Ausschuss bis 31.12.2023.

Frau Zimmermann erkundigt sich, ob eine längerfristige Anstellung der Mitarbeitenden möglich sei, um diesen eine Perspektive zu bieten. Sie fragt nach der Handhabung in

anderen Volkshochschulen. Frau Bauhus führt aus, dass an den Volkshochschulen sehr unterschiedlich agiert werde. Zum Teil seien die Stellen im Integrationsbereich befristet, zum Teil sind sie nicht befristet. Sie berichtet, dass die Befristung Unsicherheit für die Mitarbeitenden mit sich bringe, die sich in häufigen Wechseln zeige. Seit sie 2019 die Leitung des Volkshochschulkreises übernommen habe, habe es auf der HPM-Stelle drei Wechsel gegeben. Frau Zimmermann spricht sich dafür aus, die Mitarbeitenden längerfristig zu halten. Herr Kortendieck erläutert, dass die Befristung der Stellen der finanziellen Absicherung diene. Der Zeitstrahl, der einen Überblick über den Einsatz der im Integrationsbereich erwirtschafteten Mittel gebe, sehe keinen langfristigen finanziellen Spielraum vor. Er weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren mit der schrittweisen Betrachtung des Integrationshaushaltes gute Ergebnisse erzielt wurden. Herr Sendermann stimmt Herrn Kortendieck zu und erinnert daran, dass in der Verwaltung öffentlicher Gelder verantwortungsvoll gehandelt werden müsse. Veränderungen der Situation sollten im Blick behalten werden, ebenso wie die Anforderungen an die Erwachsenenbildung als Dienstleister. Neue Schwerpunkte und Entwicklungen sollten immer wieder diskutiert werden.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Lüdinghausen, die Stellenanteile im Bereich Integration befristet bis zum 31.12.2023 zu verlängern.

- Einstimmig -

TOP 7) Mitteilungen

- Keine -

TOP 8) Anfragen

- Keine -

Alois Schnittker
Vorsitzende/r

Svenja Milski
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur Sitzung des Volkshochschulausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 20.06.2022

anwesend:

CDU-Fraktion

Hildebrandt, Sonja	
Schnittker, Alois	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zimmermann, Andrea	
--------------------	--

Vertreter anderer Städte/Gemeinden

Jülich, Andreas	
Schulte-Loh, Maria	
Sendermann, Wilhelm	
Täger, Sebastian	
Wellmann, Maria	
Zimolong, Ursula	

von der Verwaltung

Bauhus, Andrea	
Kortendieck, Matthias	
Milski, Svenja	

Entschuldigt:

Bürgermeister

Mertens, Ansgar	
-----------------	--

SPD-Fraktion

Gernitz, Niko	
---------------	--

Vertreter anderer Städte/Gemeinden

Bergmann, Dietmar	
Stohldreier, Thomas	

